Polens minderheitenfeindliche Politik

Scharfe Kritik im Senat

Warschau, 1. März. Im Senat begann die allgemeine Aussprache über den Haushaltplan für 1932/33. Der deutsche Senator Pant wies darauf hin, daß der Haushalt angesichts der wachsenden Krise eine Fiktion sei. Anstatt die Wirtschaftsnot zu bekämpfen, werde sie durch unzureichende Mittel noch gesteigert. Steuersystem und Methode der Steuereintreibung hätten viel zu dem Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft beigetragen. Erbitterung, Haß und Mißtrauen seien die Folge.

Ueber die Minderheitenpolitik der Regierung erklärte Senator Pant, daß trotz der letzten feierlichen Erklärungen des Außenministers Zaleski die deutsche Minderheit von einem guten Willen, von Toleranz und Verständnis für ihre Rechte bisher nichts gemerkt habe.

Es habe noch keine Regierung gegeben, die auch nur den Versuch gewagt hätte, mit einem klaren Programm und mit aufrichtiger Gesinnung an die Lösung dieser an sich schwierigen, aber nicht unlösbaren Fragen heranzugehen; es sei denn; daß der rücksichtslose Kampf gegen die elementarsten Rechte der Minderheiten ein solches Programm bedeuten sollte. Es sei noch lange keine Lösung des Minderheitenproblems, wenn ein Minister erkläre, daß es gelöst sei.

Es wäre ein bedeutender Schritt nach vorwärts auf dem Wege zum inneren Frieden, wenn den Minderheiten die in der Verfassung gewährleistete kulturelle Selbstverwaltung gegeben würde.

Mit aller Schärfe wandte sich der Redner gegen die Wühl- und Zersetzungsarbeit der Regierung bei den Minderheiten, wie beispielsweise durch die Schaffung des sogenannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes".

Mit den verwerflichsten Mitteln suche man die Minderheiten zu demoralisieren und so an ihrem Untergang zu arbeiten. Man kaufe Leute für billiges Geld, und die man nicht kaufen könne, terrorisiere man.

Die Regierung habe in Genf einen Vorschlag für moralische Abrüstung eingebracht. Es wäre gut, wenn sie zuerst im eigenen Lande mit der moralischen Abrüstung beginnen würde.

Offener Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig

Danzig, 1. März. Die Danzig-polnischen Kontingentsverhandlungen, die am 20. Januar begonnen hatten, sind am Montag wegen unannehmbarer politischer Forderungen Polens ergebnislos abgebrochen worden. — Wie von amtlicher Danziger Stelle hierzu mitgeteilt wird, hat sich die Danziger Abordnung bis zum Aeußersten bemüht, den polnischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Das Entgegenkommen Danzigs ist von Polen damit beantwortet worden, daß es ganz unannehmbare Forderungen stellte, durch die die wenigen Rechte, die Danzig nach dem Wortlaut der Verträge besitzt, noch vermindert oder aufgehoben würden. Während der Verhandlungen habe die polnische Regierung ihre Danzig schwer schädigenden Maßnahmen so verschärft, daß heute nur noch von einem regelrechten Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig gesprochen werden könne. Polen habe nichts weniger als die Aufgabe jeglichen Eigenrechts bezüglich der Danziger Handels- und Industriekontingente gefordert, was zur Folge haben würde, daß polnische Organe die Entwicklung der Danziger Wirtschaft nach ihren politischen Wünschen gestalten könnten. Das wäre das Ende der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs.

Polnische Drohungen gegen Deutschland

Berlin, 1. März. Nach Meldungen aus Warschau wendet sich die dortige Presse sehr aufgeregt gegen den neuen deutschen Obertarif und erklärt, daß im Falle der Durchführung dieses Tarifs Polen zu sofortigen Vergeltungsmaßnahmen schreiten würde. Die Blätter teilen mit, daß der polnische Gesandte in Berlin noch gestern beim Reichskanzler in der Frage des Handelsvertrags vorstellig geworden sei.

Eine Partei des Reichskanzlers?

Berlin, 1. März. Die letzte Reichstagssitzung mit ihren entscheidenden Abstimmungen wird für verschiedene Parteien der Mitte noch allerlei Nachwirkungen haben. Es ist daher begreiflich, daß der Gedanke einer Zusammenfassung der bürgerlichen Mitte, der besonders von den Reichsministern Dietrich und Treviranus vertreten wurde, durch diese Vorgänge wieder neu belebt worden ist. Bisher gingen die Bestrebungen immer dahin, einen Zusammenschluß einzelner Parteien der Mitte neben dem Zentrum zu erreichen. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören wird jetzt der Gedanke erörtert, eine neue Partei der Mitte zu schaffen, deren

Kernstück das Zentrum

bilden soll, dem sich die anderen Gruppen der Mitte anschließen sollen. Die Väter dieses Gedankens halten es für möglich, daß dem Zentrum, das sich bisher bei allen Wahlen ja als sehr widerstandsfähig herausgestellt hat und das als einzige Partei der Mitte Erfolge zu verbuchen hatte, sich nun die anderen Mittelgruppen oder Teile davon anschließen könnten.

Man denkt also an eine Zusammenfassung von Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Deutscher Staatspartei, der Wirtschaftspartei, der Hannoveraner, der Bauernpartei, des linken Flügels der Deutschen Volkspartei und des Landvolks.

Als die größte dieser Gruppen würde das Zentrum in dieser Parteineubildung natürlich ausschlaggebenden Einfluß haben. Man könnte gewissermaßen diese in Aussicht gestellte neue Partei eine Partei des Reichskanzlers nennen. Vorläufig handelt es sich noch um Vorbesprechungen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen aber an, daß der Ansturm, der von rechts und links auf die bürgerliche Mitte einsetzt, die Mittelparteien veranlassen wird, schon vor den nächsten großen Wahlen sich zu einem solchen Brüningblock zusammenzufinden. Man denkt dabei nicht ohne weiteres an eine sofortige organisatorische Verschmelzung dieser Parteigruppen, als vielmehr an gemeinsame Wahlkämpfe mit gemeinsamen Wahllisten.

*

Dr. v. Raumer bittet uns, mitzuteilen, daß es zwar zutrifft, daß er sich aus den Listen der Volkspartei habe streichen lassen, aber mit der Begründung, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle. Das habe nichts mit der Aktion des Stadtverordneten Faltz zu tun im Gegenteil trete Dr. v. Raumer mit allen Kräften für die Kandidatur Hindenburg ein.

Neuer „Weltbühnen"-Prozeß in Sicht

Berlin, 1. März. Gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Weltbühne", Carl v. Ossietzki, der im vergangenen Jahre wegen Verrates militärischer Geheimnisse zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist vom Oberstaatsanwalt eine neue Anklage erhoben worden. In der „Weltbühne" erschien im August 1931 ein Artikel Tucholskis, in dem Soldaten als Mörder bezeichnet werden. Reichswehrminister Groener erblickt in diesen Ausführungen eine schwere Verunglimpfung des Soldatenstandes und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur. Der Prozeß dürfte demnächst vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfinden.

„Gefesselte Justiz" zweiter Teil beschlagnahmt

Berlin, 1. März. Der Berliner Polizeipräsident hat für den Bereich Preußen den am Sonnabend erschienenen zweiten Band „Gefesselte Justiz" von Moritz Zarnow beschlagnahmt. Wie verlautet, werden sich die einzelnen Landesregierungen ebenfalls mit der Frage der Beschlagnahme befassen. Wie seinerzeit berichtet, haben sich bereits um den ersten Band des Buches erhebliche politische Kämpfe entwickelt.

Gefängnis wegen Ministerbeleidigung

Berlin, 1. März. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte heute den Schriftleiter Rechenberg vom Großdeutschen Pressedienst, einem nationalsozialistischen Unternehmen, wegen übler Nachrede und Beleidigung des preußischen Justizministers Dr. Schmidt zu einem Monat Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde die Beleidigung des Ministers durch den Vorwurf der Vetternwirtschaft als außerordentlich schwer bezeichnet und erklärt, daß bei der Strafbemessung das jugendliche Alter des Angeklagten von 21 Jahren berücksichtigt worden sei.

Oertliches und Sächsisches

Das Johannstädter Krankenhaus wird bestimmt geschlossen

Bekanntlich haben die Stadtverordneten in ihrer Montagssitzung beschlossen, den Rat zu ersuchen, von jeder Schließung eines Krankenhauses abzusehen. Der Rat wird hierzu in seiner nächsten Gesamtsitzung Stellung nehmen. Wie uns von zuständiger Stelle auf Anfrage mitgeteilt wird, steht der Rat jedoch nach Lage der Sache keine Möglichkeit, von seinem Beschluß auf Schließung des Johannstädter Krankenhauses abzugehen.

Um den Brotpreis

Zur Verordnung des Reichskommissars für Preisüberwachung über die Meldepflicht bei Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot erläßt der sächsische Beauftragte Ministerialrat Dr. Scheicher für Sachsen folgende Ausführungsverordnung in der „Sächsischen Staatszeitung" vom 1. März:

Die Preisüberwachungsbehörden sind ermächtigt, angemeldete Preiserhöhungen im Kleinhandel mit Brot zu untersagen, wenn die Bäckerspanne (Unterschied des Preises zwischen 1 Kilogramm Mehl und 1 Kilogramm Brot) gegenüber dem durchschnittlichen Stande im Monat Dezember 1931 nicht um mindestens 10 Prozent herabgesetzt ist oder wenn nach der beabsichtigten Preiserhöhung die Spanne mehr als 90 Prozent der Durchschnittsspanne vom Dezember 1931 betragen würde. Wird eine angemeldete Preiserhöhung verboten, so kann die Preisüberwachungsbehörde bei Zuwiderhandlungen Gewerbetreibende zur Beachtung des Verbots unter Androhung von Ordnungsstrafen anhalten. Die Höhe der zu fällenden Ordnungsstrafen ist nicht beschränkt. Preisüberwachungsbehörden sind die Amtshauptmannschaften und die Stadträte in den Städten, die der Aufsicht der Kreishauptmannschaften unterstehen.

Gaststättengewerbe und Bierpreissenkung

Ueber die Lage des Gaststättengewerbes und die Bierpreissenkung hat eine Verhandlung mit den Vertretern des sächsischen Gaststättengewerbes beim Sächsischen Beauftragten des Reichskommissars für Preisüberwachung, Ministerialrat Dr. Scheicher, stattgefunden. Die Vertreter des Gewerbes forderten im Hinblick auf das beispiellose Daniederliegen des Gaststättengewerbes, die Notlage der sächsischen Industrie und die überagroße Erwerbslosigkeit, daß die angeordnete Bierpreissenkung im Wege der Ausnahmebewilligung in Sachsen überhaupt außer Kraft gesetzt werde, da die vom Reichskommissar angeordnete Bierpreissenkung für die meisten Gastwirte den Ruin bedeute. Sie wünschten, daß ferner die Reichsregierung mit größter Beschleunigung die Reichsbiersteuer auf 5 RM. herabsetze, die Gemeindebiersteuer um die Hälfte ermäßige und die Gemeindegetränkesteuern aufhebe.

Der sächsische Beauftragte des Reichskommissars sagte zu, für die Herabsetzung der Steuern bei dem Reichskommissar nachdrücklich einzutreten. Dagegen lehnte er ab, die angeordnete Bierpreissenkung für Sachsen allgemein im Wege der Ausnahmebewilligung außer Kraft zu setzen. Es sollen aber alle zur Beseitigung von Härten notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Die sächsischen Ueberwachungsbehörden werden ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, wenn unter Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse dem Gastwirt billigerweise nicht zugemutet werden könne, den Preis zu senken. Hiermit sei die Möglichkeit gegeben, in jedem Falle unerträgliche Härten für den Gastwirt zu beseitigen. Die endgültige Regelung der Bierpreise wird von den Beschlüssen der Reichsregierung über die Biersteuerfrage abhängen. Die Preisüberwachungsbehörden werden bis dahin bei der Ueberwachung mit der gebotenen Nachsicht und Schonung verfahren, anderseits habe die Reichsregierung weitere Beratungen der Biersteuersenkung von der Vermeidung des Bierstreiks abhängig gemacht.

Willst Du Deinen HUSTEN stillen, Nimm CARMOL-KATARRH-PASTILLEN!

Die Mosaiken der „Hagia Sophia" werden freigelegt

Ein künstlerisches Weltereignis

Die kostbaren altchristlichen Goldmosaiken der „Hagia Sophia" in Konstantinopel, die vor 500 Jahren von den Mohammedanern auf raffinierte Weise so versteckt worden sind, daß sie nicht mehr zu sehen sind, sollen wieder freigelegt werden. Am 29. Mai 1453 eroberte Sultan Mohammed II. die Stadt Konstantinopel. Damit war die Herrlichkeit der christlichen Sophienkirche, der „Hagia Sophia" zu Ende. Dieser berühmteste Kirchenbau der alten Christen wurde unter Kaiser Justinian I., dem Kaiser des byzantinischen Reiches errichtet, nachdem die erste Kirche, die von Konstantin erbaut war, im Jahre 532 durch Feuer zerstört worden war. Die Kirche hat eine Höhe von 65 Meter und einen Durchmesser von 32 Meter. Das prächtigste Kunstwerk dieser Kirche war das berühmte große goldene Mosaikenbild, das auf dem Goldgrund der Kuppel leuchtete und das als das größte Meisterwerk der byzantinischen Kunst zu gelten hat. Die Goldmosaiken stammen ungefähr aus dem Jahre 585 nach Christo. Mohammed II. befahl nach der Eroberung Konstantinopels, daß diese kostbaren Mosaikbilder durch Kalktünche dick verdeckt würden, da die Kirche zu einer Moschee umgewandelt wurde und der Islam derartige Bilder in Gotteshäusern verbietet. 500 Jahre fast sind nun diese herrlichen Bilder, die die Antlitze der Heiligen in gottesfürchtiger Andacht darstellen, der Welt entzogen.

Das größte Meisterwerk byzantinischer Kunst, das die Welt kennt, soll nun aus seinem Dornröschenschlaf geweckt werden. Die neuen Machthaber der Türkei sind bestrebt, die großen Kulturgüter zu wahren, die in Konstantinopel vorhanden sind. Da eins der größten dieser Art die Mosaikbilder sind, so wurde beschlossen, sie ohne Rücksicht auf die Vorschriften des Islams in ihrem Originalzustand wieder herzustellen. Schon einmal wurde die Aufdeckung der Mosaiken durch den Sultan Abdul Medjed im Jahre 1846 veranlaßt. Auch Sultan Abdul Medjed, ein aufgeklärter Herr, der das große Reformwerk seines Vaters Mahmud II. weiter fortführen wollte, gab den Befehl, die dicke Kalkschicht, die auf den Mosaikbildern lagerte, zu entfernen. Obwohl sich unter den frommen Männern der Türkei großer Widerstand regte, wurde dieser Befehl des Sultans ausgeführt. Der Sultan selbst besichtigte nun die Mosaiken, und als man feststellte, daß sie durch die barbarische Behandlung von seiten des alten Sultans Mohammed im Jahre 1453 gelitten hatten, wurde ein Fachmann herbeigeholt, der den Auftrag hatte, diese kostbaren Kunstwerke wiederherzustellen. Es gelang ihm auch. Das Wichtigste war aber, daß die Mosaiken unter der Kalktünche nur wenig in ihrem Glanz gelitten hatten, der den größten Teil ihrer Schönheit bildet. Man hatte gefürchtet, daß die ätzende Kalkmasse den Schimmer und Goldglanz der Bilder beeinträchtigt oder zerstört hätte, so daß ein großer Teil ihres Wertes dadurch verlorengegangen wäre. Lange konnte sich die Welt aber nicht an dem Anblick dieser herrlichen Kunstwerke ergötzen, denn der Sultan war zwar ein Mann von hoher Kultur und bestem Wollen, aber zugleich ein sehr gutmütiger und willensschwacher Charakter, der vor dem Widerstand der türkischen Geistlichkeit zurückwich und nach kurzer Zeit die Mosaikbilder wieder in der gleichen Form überdecken ließ, wie sie 400 Jahre lang vergraben waren.

Erst jetzt soll zum ersten Male seit dem Jahre 1453 das prachtvolle Kunstwerk der Oeffentlichkeit für alle Zeiten zugängig gemacht werden. Nur die Kosten der Wiederherstellung sind recht beträchtliche, denn sie betragen nämlich ungefähr 5 Millionen Mark. Während diese Summe beim Sultan Abdul Medjed keine Rolle gespielt hatte, ist sie für die heutige Türkei, die unter den Folgen mehrerer Kriege und der jetzigen Krise wirtschaftlich furchtbar leidet, fast unerschwinglich. Aber die Verhandlungen von Angora mit Amerika zum Zwecke einer Anleihe, durch die die Kosten der Wiederherstellung der Mosaikbilder bezahlt werden sollen, sind vor dem Abschluß, und man kann erwarten, daß in kurzer Zeit mit der Aufdeckung der herrlichen Kunstwerke begonnen werden kann. Deutsche Sachverständige, die bei der Feststellung alter Kulturgüter in Konstantinopel seit Jahren tätig sind, werden auch hier bei diesem großen Werk als Berater dienen. Ein Kunstwerk ohnegleichen und von unschätzbarem Werte wird wieder zu neuem Glanze erstehen.

Kunst und Wissenschaft

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater

Opernhaus

Morgen Mittwoch, Anrecht B, „Die Zauberflöte" mit Bader, Taucher, Horst Falke (zum ersten Male Sprecher), Liesel v. Schuch Angela Kolniak, Schöffler, Teßmer, Erna Berger. Musikalische Leitung: Kutzschbach; Spielleitung: Staegemann. Anfang 7½ Uhr.

Donnerstag, 3. März, Anrecht B, „Boris Godunow" mit Burg in der Titelpartie, Lorenz, Eugenie Burkhardt, Erna Berger, Elia Wieber, Helene Jung, Eybisch, Horst Falke (zum ersten Male Schtschelkalow), Bader, Ermold, Lange, Jessyka Koettrik, Teßmer, Puttlitz. Musikalische Leitung: Striegler; Spielleitung: Eybisch. Anfang 7½ Uhr.

Wegen Erkrankungen im Personal Sonnabend, 5. März, nicht „Die ägyptische Helena", sondern Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut". Anfang 8 Uhr.

Schauspielhaus

Die beiden Dramen „Künstlers Erdewallen" und „Künstlers Apotheose", die auf dem Programm der Goethe-Morgenfeier am Sonntag, dem 6. März, stehen, sind in Dresden noch niemals gespielt worden. Goethe selbst legte größten Wert auf diese Dichtungen, deren Nachwirkung besonders in den Kreisen der Romantiker außerordentlich stark war. Den Künstler spielt in beiden Stücken Kleinoschegg, die Muse Antonia Dielrich. Die übrigen Rollen sind folgendermaßen besetzt: „Künstlers Erdewallen": Des Künstlers Frau: Grethe Volckmar, Herr: Alexis Posse, Madame: Stella David. „Künstlers Apotheose": Schüler: Hellberg, Erster Meister: Paulsen, Zweiter Meister: Kottenkamp, Liebhaber: Ziegler, Inspektor: Liedtke, Gemäldehändler: Schröder, Prinz: Woester, Kassier: Farecht. Spielleitung: Georg Kiesau; Bühnenbild: Adolf Mahnke. — Die Morgenfeier wird eingeleitet durch den ersten Satz der Mozartsinfonie Es-Dur, gespielt von der Staatskapelle unter der Leitung von Hermann Kutzschbach, und durch Goethes „Zueignung", gesprochen von Luis Rainer.

†* **Die Dresdner Uraufführung von Kurt Stieglers Oper „Dagmar"** ist auf Freitag, den 18. März, angesetzt.

†* **Mitteilung der Komödie.** Sonntag, den 6. März, vormittags 11,30 Uhr: Klavierkonzert Hermann Drews.

†* **Das Dresdner Konservatorium** veranstaltet am Donnerstag, dem 3. März, abends 7,30 Uhr, im Anstaltssaale eine Musikaufführung vor den Mitgliedern des Patronatvereins. Eintrittskarten im Konservatorium (Landhausstraße).

†* **Männerchorabend.** Unter dem Titel „Die Seele der Völker im Lied" veranstaltet der durch seine erfolgreichen Konzerte bekannte Dresdner Männerchor „Treue" sein diesjähriges Vokalkonzert am Sonntag, dem 6. März, abends 8,30 Uhr, im Eldorado.

†* **Wertvolle Bereicherung der Zittauer Goetheausstellung.** Auf die Besprechungen der Zittauer Goetheausstellung in Dresdner Blättern hin hat sich ein bekannter Dresdner Goethesammler, Rechtsanwalt Nathansohn, bereitfinden lassen, dem Zittauer Kunstverein für seine Goethe-